

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Susanne Hennig-Wellsow:
Linke Politik durchsetzen!



J. Bischoff/B. Müller: Der
hiesige Rechtspopulismus



Detlev Hensche: Leiharbeit
und Werkverträge

R. Detje/O. König: Textil-
Discounter KiK vor Gericht

**Forum
Gewerkschaften**

Elisabeth Abendroth:
Mein Vater im Widerstand



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Manfred Coppik (1943-2016)



Am Mittwoch, den 21.9., verstarb im Alter von 72 Jahren Manfred Coppik, der der Arbeit der Zeitschrift Sozialismus nahestand. Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung des Autors den Nachruf, den Tom Strohschneider in der Tageszeitung »neues deutschland« verfasst hat. ...

DIE LINKE: Neuausrichtung der Politik?



In Berlin haben die WählerInnen die rot-schwarze Landesregierung abgewählt. Die beiden sie tragenden Parteien kommen zusammen nur mehr auf rund 39,2% – ein Verlust von etwa 12,4%. Wie schon bei den Landtagswahlen im Frühjahr und Anfang September in Mecklenburg-Vorpommern haben die Rechtspopulisten der AfD auch in Berlin ein zweistelliges Ergebnis erzielt. ...

»Event-betonte« Rassisten



Über ein Jahr nach den rassistischen Ausschreitungen in Freital und Heidenau und gut sechs Monate nach der »Schande« von Clausnitz machten »event-betonte Einheimische«, so der Jargon der örtlichen Polizei, im sächsischen Bautzen Hetzjagd auf Flüchtlinge.

Linke in Schwierigkeiten, Rechtspopulisten auf dem Vormarsch

Hinrich Kuhls: Die Labour Party vor der Spaltung?	2
Bernhard Sander: Die Tragödie nimmt ihren Lauf Vorhang frei für den Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich	7
Bernhard Sander: Didier Eribon und die Niederlage der französischen Linken	10
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Rechtspopulismus in der Berliner Republik	16

Herausforderungen & Hoffnungsträger

U. Duchrow/A. Fisahn/P. Herrmann/S. Ötsch/R. Ptak/P. Wahl: Flucht und Migration. Herausforderung für emanzipatorische Politik	26
Susanne Hennig-Wellsow: Linke Politik durchsetzen! Was die rot-rot-grüne Landesregierung in den ersten zwei Jahren in Thüringen geschafft hat	31
Klaus Bullan: Die Jugend als Hoffnungsträger? Die Shell- und SINUS-Jugendstudien 2015/2016	36

EU: Die Linke zwischen Baum und Borke

Andreas Fisahn: Neustart der EU?	46
--	----

Forum Gewerkschaften

Detlev Hensche: Lehrstück in Sachen symbolischer Politik Zur »Reform« von Leiharbeit und Werkverträgen	51
Otto König/Richard Detje: Zäher Kampf um Gerechtigkeit Pakistanische Textil-ArbeiterInnen ziehen gegen deutschen Textil-Discounter KiK vor Gericht	55
Heinz Bierbaum: Ein leidenschaftlicher Gewerkschafter Nachruf auf Rudolf Kuda (11.10.1940–19.8.2016)	58

Der Partisanenprofessor im Land der Mitläufer

Elisabeth Abendroth: Wolfgang Abendroth im Widerstand gegen Hitler	60
---	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	59
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Tschick (Filmkritik)	69

Supplement: Klaus Dörre/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)

Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit

Frank Deppe zum 75. Geburtstag. Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre, Forum Gewerkschaften, Georg Fülberth, Jürgen Harrer, Detlef Hensche, Steffen Lehndorff, André Leisewitz, Leo Meyer, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Jürgen Reusch, Rainer Rilling, Witich Roßmann, David Salomon, Heidi Scharf, Ingar Solty, Sybille Stamm und Hans-Jürgen Urban.

Neustart der EU?

von | Andeas Fisahn

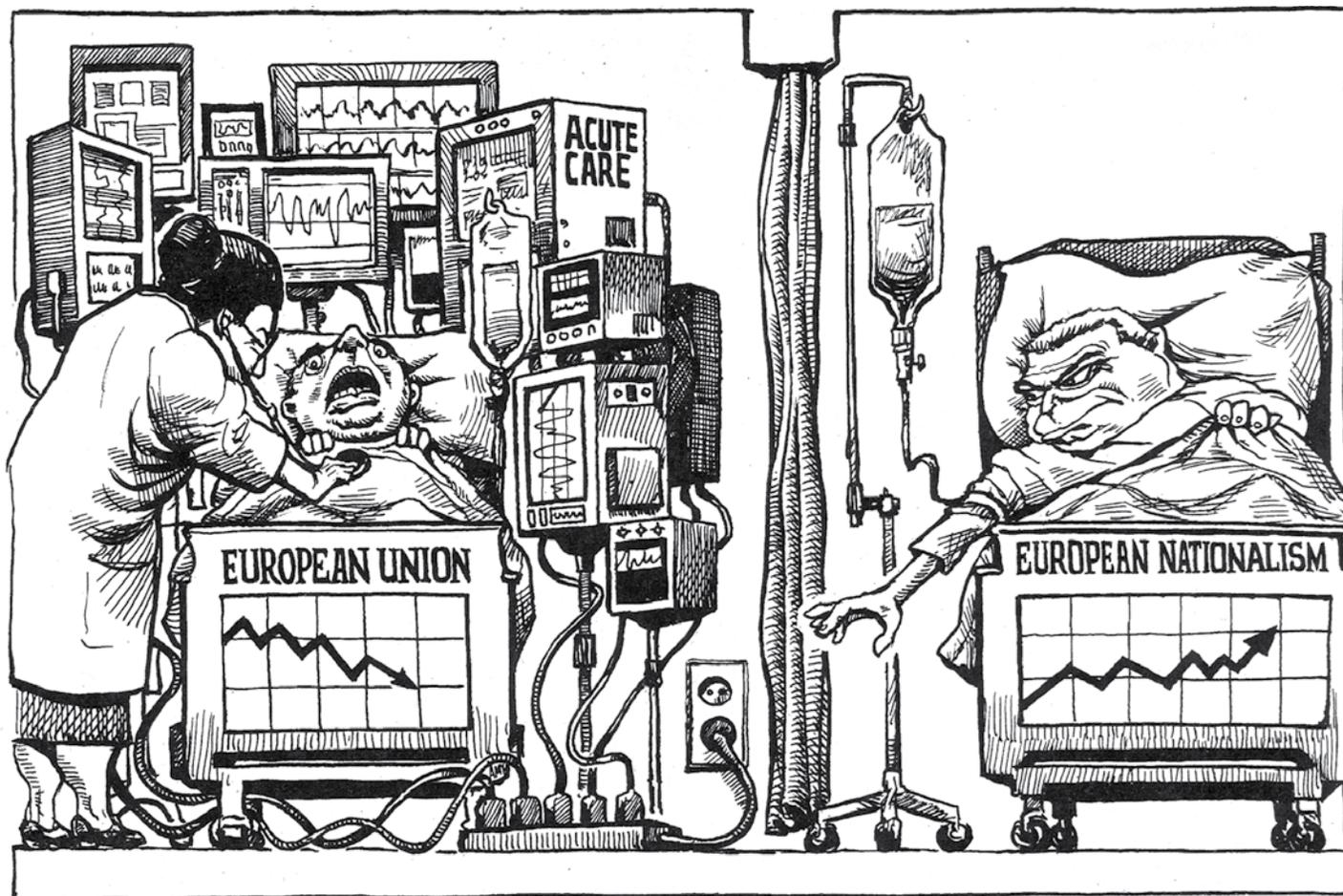
Die Europäische Union befindet sich in der wohl tiefsten Krise ihrer Geschichte. Mit der Mehrheit für den Ausstieg Großbritanniens aus der EU wurde diese Krise offenkundig. Erstmals wird die EU nicht erweitert, sondern verliert ein Mitglied. Gleichzeitig gewinnen rechtspopulistische Kräfte an Zuspruch. Auch der Brexit war ein Erfolg national-chauvinistischer Strömungen innerhalb und außerhalb der britischen Konservativen. Die linke, emanzipatorische EU-Kritik aus Großbritannien ging dabei unter – wo Sündenböcke gefunden sind, ist kein Platz für differenzierte Argumente.

Die Krise der EU wird meist zurückgeführt auf das Erstarken der national-chauvinistischen Kräfte. Dagegen muss man wohl einwenden: Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die EU destruiert gegenwärtig ihre eigenen Voraussetzungen. Das Erstarken der Rechten ist nur ein Ausdruck dieser Selbstzerstörung.

Ein nationalistischer Januskopf

Die EU ist konzipiert als Binnenmarktprojekt, das wesentlich durch eine Konkurrenzordnung zu charakterisieren ist. Dabei handelt es sich keineswegs um eine notwendige Verbindung. Als 1871 der deutsche Binnenmarkt »vollendet« wurde, verstaatlichte Bismarck die Eisenbahn, privatisierte sie nicht etwa. Aber der Binnenmarkt der EU wurde geformt unter dem Einfluss der neoliberalen Ideologie, die den Markt als Konkurrenzordnung denkt und möglichst staatsfrei halten möchte.

Der Binnenmarkt in einer Konkurrenzordnung setzt voraus, dass die Marktteilnehmer als freie und gleiche Rechtssubjekte und ökonomische Subjekte anerkannt werden. Zwischen ungleichen und unfreien Marktteilnehmern kann eine Konkurrenzordnung nicht funktionieren. In der Sprache des europäischen



Karikatur: Economist

Rechts: Das zentrale Prinzip der EU ist das Diskriminierungsverbot. So belebte der Europäische Gerichtshof (EuGH), der ansonsten wenig Lob verdient, die Figur der mittelbaren Diskriminierung, die er ebenso verbot wie die Altersdiskriminierung. Weil die Anerkennung von Freiheit und Gleichheit allgemein wurde, ging der Wirtschaftsliberalismus der EU eine eigentümliche Verbindung mit dem politischen Liberalismus ein. Einen ersten Knacks erhielt die Verbindung mit der Aufnahme der osteuropäischen Staaten, die sich von Anfang an wenig um die Gleichheit ihrer Minderheiten, seien es Russen oder Sinti und Roma, kümmerten.

Die Verbindung zwischen politischem und wirtschaftlichem Liberalismus hatte in der EU allerdings immer einen nationalistischen Januskopf, der aus dem institutionellen Arrangement ihrer Ordnung hervor wächst. Zuständig für politische Weichenstellungen und die Gesetzgebung ist in der Union primär der Rat der EU, also die Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten und nicht – wie in parlamentarischen Systemen üblich – das europäische Parlament. Das hat eine gravierende Konsequenz: Während Parlamentarier wenigstens dem Anspruch nach »Vertreter des ganzen Volkes« sind – wie es das Grundgesetz so schön formuliert – und während sie in der Praxis immerhin unterschiedliche Interessen innerhalb der Bevölkerung vertreten und insofern mehr oder weniger gut repräsentieren, müssen die Regierungsmitglieder im EU-Rat »nationale Interessen« vertreten. Das heißt aber, dass die Unterschiede und Widersprüche innerhalb der Nationen und Gesellschaften nivelliert werden, diese erscheinen als homogen. Die Divergenzen erscheinen dann nicht als Widersprüche in der Gesellschaft, als Ausdruck pluraler Interessen, sondern als *nationale* Divergenzen, als Konflikte zwischen den Nationen.

Gleichheit ist Voraussetzung gelungener Integration

Von den Alten, etwa Hermann Heller,¹ haben wir gelernt, dass Demokratien nur funktionieren können, wenn ein gewisses Maß an (sozialer) Gleichheit in der Gesellschaft besteht. Das ist ein Gedanke, der in der »goldenen Ära« des Kapitalismus vergessen wurde, weil das Problem nicht oder nur in abgeschwächter Form bestand. Heller spricht von sozialer Homogenität als Voraussetzung der Demokratie, denn diese muss scheitern, »wo sich alle politisch relevanten Volksteile in der politischen Einheit in keiner Weise mehr wiedererkennen, wo sie sich mit den staatlichen Symbolen und Repräsentanten in keiner Weise mehr zu identifizieren vermögen. Ohne einen Grundkonsens der »politischen« Nation verlieren die Spielregeln der Demokratie, wie die Mehrheitsentscheidung, ihre integrierende und legitimierende Wirkung.«² Zu große Ungleichheit führt erstens zu Störungen bei der Anwendung des allgemeinen Gesetzes, das Gleichheit voraussetzt, um eine allgemeine Wirkung zu entfalten. Sie muss zweitens dazu führen, dass Minderheiten nicht mehr gewillt sind, Mehrheitsentscheidungen mitzutragen, und drittens hebt sie das Prinzip der Gleichheit selbst auf, wenn strukturelle Minderheiten entstehen, also strukturelle Subalternität deren demokratische Mitwirkung entbehrlich macht. Dagegen schütteten Neoliberale wie Hayek Kübel voll des Lobes der Ungleichheit

über die Gesellschaft aus und errangen mit ihren eher armseiligen Argumenten viel Beachtung. Demokratie war ihnen so wieso eher suspekt.

Hellers Gedanke ist zu erweitern: Ungleichheit erschwert erstens den Interessenausgleich oder die Kompromissfindung. Zweitens untergräbt sie die Anerkennung gleicher menschlicher Würde. Neoliberale Politik erzeugt und fördert die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften – was keines Beweises mehr bedarf. Und: Die neoliberale Konstruktion der EU zementiert die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten. »No bail out«, der Ausschluss jeglicher Haftung und Verantwortung für die »Partner« – festgeschrieben im Lissabon-Vertrag – ist nur die Spitze des Eisberges dieser Mechanismen zur Zementierung von Ungleichheiten. Weil das neoliberale Wirtschaftsmodell, insbesondere in der Krise, Ungleichheit zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten zwischen den Klassen verschärft, zerstört es seine eigenen Voraussetzungen, nämlich die normative Anerkennung der (Wirtschafts-)Subjekte als gleich und die Kompromissfindung zwischen ungleichen Partnern. Konsensorientierte Einheitsbildung wird damit zunehmend schwieriger und es entstehen reflexhafte Abwehrmechanismen gegen »das Andere«.

Reale, wahrgenommene Ungleichheit kann zur Solidarisierung »der Unteren« führen, zum Kampf um Gleichheit und Gleichstellung. Unter neoliberaler Hegemonie wird jedoch insinuiert, sie entspringe der eigenen persönlichen Schwäche. Der atomisierte Kosten-Nutzen-Maximierer hat sich in drei Jahrzehnten neoliberaler Hegemonie im Habitus eines großen Teils der Gesellschaft verfestigt. Die Verarbeitung ökonomischer Ungleichheit und sozialer Unsicherheit geschieht dann nicht unter Berufung auf gleiche solidarische Interessen, sondern individuell als Kampf um eigene Interessen in Form von Aufstieg und Distinktion gegenüber anderen. Die Gleichheit wird negiert und das eigene Interesse erscheint als Vorteilssuche gegenüber Anderen, noch Schwächeren. Am Ende bleibt der nationale Reflex, der die eigene Nation als überlegen und Einheit mystifiziert, die gegen die Konkurrenz »des Anderen« zu verteidigen ist. Der (neue?) Nationalismus erscheint so als Aufhebung des egoistischen Homo oeconomicus in der nationalen, als höherwertig imaginierten Gemeinschaft – wie widersprüchlich diese Konstruktion auch sein mag.

Wenn Demokratie ferner auf die generelle Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen angewiesen ist, dann erst recht die EU. Ihr fehlt – anders als nationalen Demokratien – ein Gewaltmonopol. Das heißt, sie ist nicht nur darauf angewiesen, dass Entscheidungen oder Maßnahmen im Großen und Ganzen von den Mitgliedstaaten befolgt werden. In letzter Konsequenz ist sie in jedem einzelnen Fall darauf angewiesen, dass ihr gefolgt wird. In den wichtigen Fragen war die EU deshalb immer auf Konsens angewiesen, der auf unterschiedliche Weise erreicht wurde: Erstens durch Tauschhandel aufgrund von Interessenkalkülen

Andreas Fisahn ist Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Umwelt- und Technikrecht, und Rechtstheorie an der Universität Bielefeld.

¹ H. Heller (1928): Politische Demokratie und soziale Homogenität, Ges. Schr. II, S. 425.

² W. Fiedler (1995): Die Wirklichkeit des Staates als menschliche Wirksamkeit. Über Hermann Heller, Oberschlesisches Jahrbuch 11, S. 158.

nach dem Prinzip des »do ut des«, nach dem Motto: »Machst Du etwas mehr Umweltschutz, wird Deine Landwirtschaft gefördert.« Diese Politik des Kuhhandels wurde ergänzt durch eine hegemoniale Konstellation, die um Frankreich und Deutschland gruppiert war: Man folgt dem Hegemon, auch wenn damit keine konkreten Vorteile verbunden sind, gleichsam um »dazu zu gehören«, am Tisch der Mächtigen mitreden zu können. Beide Grundlagen der Konsens- und Kompromissbildung sind mindestens schwer ramponiert. Unter der Auseinandersetzung um die von Deutschland eingeforderte Austeritätspolitik – nicht nur gegenüber Griechenland – hat das deutsch-französische Bündnis gelitten und gleichzeitig hat Deutschland an Ansehen verloren, sodass sich die hegemoniale Konstellation aufgelöst hat.

In der Frage der Flüchtlingsverteilung wurde das Problem, einen Kompromiss zu finden, für alle Welt offensichtlich. Die Ungleichheit – nun zwischen den Mitgliedstaaten – führt zu unterschiedlichen Interessen, die in der Krise nicht mehr – monetär – überbrückt werden können. Das nationale Kosten-Nutzen-Kalkül macht in krisenhaften Situationen den Kompromiss zwischen sehr ungleichen »Partnern« unmöglich und führt zu einer stillen, aber sukzessiven Verabschiedung von europäischen Verpflichtungen. Der ungarische Premier Orbán hat es fertig gebracht, im selben Atemzug Agrarsubventionen zu fordern und die Verbindlichkeit europäischer Maßnahmen, insbesondere der Flüchtlingspolitik, infrage zu stellen. Einige Mitgliedstaaten, voran Ungarn und Polen, betreiben offene Rosinenpickerei oder

einen selektiven Ausstieg aus Vorgaben und Verpflichtungen der Europäischen Union.

Neustart durch Öffnung

Wie geht es angesichts dieser tief greifenden Krisendynamik weiter? Nach dem Brexit wurde von unterschiedlichen Kräften ein Neustart der EU gefordert, um diese noch zu retten – von Grünen und Linken ebenso wie von Sozialdemokraten oder dem Gipfel des Europäischen Südens am 9. September 2016 in Athen. Wie der Neustart aussehen sollte, bleibt allerdings weitgehend diffus, auch wenn es Übereinstimmungen in der Rhetorik gibt. An erster Stelle soll ein Neustart die Europäische Union demokratischer machen. Wie das konkret aussehen soll, bleibt – mit Ausnahme des geforderten Initiativrechts für das europäische Parlament – eher vage. Gefordert wird von Sozialdemokraten wie von LINKEN eine andere Wirtschaftspolitik. Dabei wird nicht thematisiert, dass die EU-Verträge echte Alternativen kaum zulassen.

Demokratie setzt voraus, dass eine andere Mehrheit auch eine andere Politik machen kann, dass ein Richtungswechsel in der Politik möglich ist, wobei die Wirtschafts- und Sozialpolitik offensichtlich ein zentrales Feld der sozialen Auseinandersetzungen absteckt. Vom grundsätzlichen Subventionsverbot über die Dominanz der wirtschaftlichen Grundfreiheiten, der Beschränkung auf die Eigenmittel der EU, also dem Verbot des deficit spending, über den Vorrang der Inflationsbekämpfung, der fehlenden Kompetenz für direkte Steuern und soziale Sicherungssysteme, mit der Unabhängigkeit der EZB und den Maastricht-Kriterien, die mit dem Fiskalpakt geradezu surreal verschärft wurden, bis zum Gebot der Privatisierung der Infrastruktur wie Eisenbahn, Telefon und Energie, sind die EU-Verträge auf eine neoliberale Wirtschaftsordnung festgelegt. Damit wird der demokratische Prozess entkernt. Er verkommt zu einer formalen Hülle, wird zum Staatsschauspiel für das zunehmend enttäuschte Publikum. Denn ein Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik ist europäisch wie national ausgeschlossen.

Wie müsste also ein demokratischer und sozialer Neustart der EU aussehen? Zunächst müsste den Grund- und Menschenrechten eindeutig der Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten eingeräumt werden, die in einer Verfassung – als solche muss man die EU-Verträge auch heute schon verstehen – nichts zu suchen haben. Verzichtbar ist übrigens auch das in der EU-Grundrechte-Charta zu findende »Recht auf unternehmerische Freiheit« (Art. 16), das die Ausrichtung der Verfassung an Kapitalinteressen allerdings bestens symbolisiert. Ausreichend ist auch für Unternehmer die für alle anderen geltende Berufsfreiheit. Die Kapitalverkehrsfreiheit hat sich als desaströs erwiesen. Erforderlich wäre ein Gebot zur Regulierung der Kapitalmärkte, um die Wirtschafts- und Sozialordnung zu stabilisieren. Die Interpretation der Warenverkehrsfreiheit durch den EuGH als Verbot nationaler oder regionaler Regulierungen hat wenig mit einem Binnenmarkt und mehr mit Effizienzgewinnen großer Konzerne zu tun. Für einen Binnenmarkt bräuchte man eher ein einheitliches Telefonnetz, einheitliche Eisen- und Autobahnssysteme sowie eine europäische Post. Das wäre das Gegenteil von der europäisch angeordneten Zersplitterung in viele

Freihandel – Brexit – Arbeiterwanderung Was tun?

Mit Beiträgen von: **Wolfgang Reinicke-Abel**, Freihandel als Fluchtursache ☆ **Lucas Zeise**, Offene Grenzen, die EU und Frau Merkels Politik ☆ **Andreas Wehr**, Der Brexit und die Migrationsfrage ☆ **Klaus Stein**, Historische Migrationsbewegungen ☆ **Sebastian Woldorf**, Geflüchtete im kommunalen Raum ☆ **Patrik Köbele**, Überlegungen zu Flucht und kommunistischer Politik ☆ **Sofortprogramm der DKP**.

Weitere Themen: 60 Jahre KPD-Verbot ☆ Bundeswehr-Weißbuch ☆ »Sonderlage dahoam« ☆ Türkei nach dem Putsch ☆ CETA/TTIP und die kommunale Daseinsvorsorge ☆ Dialektik von Reform und Revolution ☆ Zur Frage der Nation ☆ Demokratischer Kampf und Leninismus



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

**Neue
Impulse
Verlag**

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57



Karikatur: Economist

private Anbieter. Dienstleistungsfreiheit darf nicht als Schutz von miserablen sozialen und ökologischen Standards erhalten, d.h. den Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen rechtfertigen. Gestützt auf die Dienstleistungsfreiheit hat der EuGH sogar das Streikrecht eingeschränkt und damit die wirtschaftlichen Grundfreiheiten über die Grundrechte gestellt.

Die Festlegung auf eine »offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb« (Art. 119 Abs. 1 und 2; 120, 127 AEUV), die mittels der oben genannten Regeln durchdefiniert und runtergebrochen wird, kann in einer demokratischen Union keinen Bestand haben. Eine demokratische Verfassung muss mindestens wirtschaftspolitisch neutral sein – ähnlich wie das Grundgesetz –, also die offene, neoliberale Wirtschaftsordnung ebenso zulassen wie eine solidarische und demokratische Wirtschaftsordnung. Im demokratischen Prozess kann dann um die richtige Wirtschaftspolitik gerungen werden.

Wirtschaftspolitische Festlegungen gehören nicht in eine demokratische Verfassung, sie müssten gestrichen und durch schlichte Kompetenzregeln ersetzt werden. Das Subsidiaritätsprinzip der Europäischen Union, das den Mitgliedstaaten theoretisch den Vorrang bei der Regulierung einräumt, hat nie funktioniert hat, und die Union hat, gestützt auf die Binnenmarktkompetenz, weite Rechtsetzungskompetenzen usurpiert. Daher müssten in einer demokratischen Unionsverfassung die EU-Kompetenzen auf die Wesentlichen reduziert und eng gefasst werden. Noch wichtiger für die Usurpation von Kompetenzen als die Kommission war der Europäische Gerichtshof. Eine derartige Machtfülle eines Wirtschaftsgerichts ist mit einer demokratischen Verfassung schlicht unvereinbar und bedarf eines Korrekturmechanismus. Wenn die Grundfreiheiten aus dem Primärrecht gestrichen und auf die Stufe einfachen Rechts herunter gestuft werden, hätte automatisch das Parlament Zugriffsrechte und könnte die doktrinär neoliberalen Entscheidungen des EuGH korrigieren.

Wenn einerseits die Kompetenzen der EU zu reduzieren sind, gibt es andererseits auch Bereiche, für die eine Kompetenzerweiterung notwendig ist: die Steuerangleichung und die sozi-

alen Sicherungssysteme. Weil diese Politikfelder der Harmonisierung entzogen sind, wird strukturell ein Konkurrenzkampf der Staaten um niedrige Unternehmenssteuern und niedrige Sozialabgaben für die Unternehmen initiiert. Die Folge ist das Ausbluten der öffentlichen Kassen und damit eine Reduzierung staatlicher Leistungen, nicht nur im Bereich der Sozialversicherungssysteme. Der schlanke Staat, Hayeks Projekt des Neoliberalismus, entsteigt so den scheinbaren Sachwängen in der spezifischen Form der europäischen Konkurrenzordnung. Die von interessierter Seite geplante Lücke muss in einer demokratischen Union durch Kompetenzen für direkte Steuern und Sozialversicherungssysteme gefüllt werden. Soweit die demokratischen Defizite auf der materiellen Seite.

Auch die prozedurale Seite der Demokratie muss bei einem echten Neustart der EU auf eine höhere Stufe gehoben werden. Dazu müsste das Europäische Parlament zum eigentlichen Gesetzgeber aufgewertet werden, mit Zuständigkeiten für alle Bereiche der Gesetzgebung. Es würde zur ersten Kammer, während der Europäische Rat, die Versammlung der Regierungsvertreter, zur zweiten Kammer herunter gestuft werden müsste, die keineswegs mehr – wie bisher – allen Rechtsakten zustimmen muss. Kurz: Die Bedeutung und Kompetenzen von Parlament und Rat wären in einer demokratischen Union umzukehren. Das würde auch bedeuten, dass das Europäische Parlament die Kommission bestimmen und wählen, nicht nur bestätigen kann.

Erforderlich wären Schritte, um eine europäische Zivilgesellschaft mittels europäischer Öffentlichkeit zu konstituieren. Öffentlichkeit entsteht nicht von selbst, sondern wird – auch – vom Staat geschaffen oder eben verhindert. Europäische, öffentliche Medien etwa könnten einen Beitrag zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit leisten, während die privaten Programme eher das Gegenteil bewirken: Fragmentierung und Verblödung. Darauf aufbauend ließe sich ein einheitliches gleiches, europäisches Wahlrecht mittels europäischer Parteien etablieren, sodass das formale Demokratiedefizit wegen ungleicher Repräsentation der Unionsbürger aufgehoben würde.

Durchwurschteln oder Weg in den autoritären Staat?

»Wer Visionen hat, der sollte zum Arzt gehen«, empfahl Helmut Schmidt seinen linken Kritikern. Und leider ist es offensichtlich, dass es für einen demokratischen Neustart in diesem Sinne (gegenwärtig) keine Mehrheiten gibt, nicht einmal relevante Akteure sichtbar sind – jedenfalls nicht in Deutschland. Aber es gibt Alternativen zur EU in der gegenwärtig schlechten Verfassung und zur »Wiederinstandsetzung des Nationalstaates«. Geschichte ist kontingent, die Entwicklungen lassen sich nicht vorhersehen, aber es lassen sich Tendenzen, Möglichkeiten diskutieren, die auf ihr emanzipatorisches Potenzial abzuklopfen sind.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009ff. haben sich Tendenzen zur zentralistisch autoritären Lösung innerhalb der EU entwickelt. Die griechische Linksregierung wurde autoritär in die Knie gezwungen, indem ihr ein Austeritätsprogramm diktiert wurde, das zu anderen Zeiten ausreichend gewesen wäre, die Verantwortlichen auf die Guillotine zu schicken. Der Hebel

für das Diktat war die griechische Staatsverschuldung. Bisher ist es trotz Fiskalpakt und europäischem Semester bei einer Zentralisierung und Entdemokratisierung im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik – selbstverständlich mit Auswirkungen auf die Sozialpolitik – geblieben. Aber der Weg könnte weiter gegangen werden und sich eine neue, autoritäre Form des Neoliberalismus in der EU entwickeln.

Zwei weitere Varianten versuchen, den Kern der EU unangestastet zu lassen, nämlich eine Politik des »Weiter so« und des Durchwurschtelns, die ergänzt werden kann durch Konzeptionen von einem Kerneuropa, das von einer Freihandelszone umgeben ist. Die eingangs beschriebene Destruktion der eigenen Voraussetzungen würde damit aber schwerlich beseitigt, d.h. nach den gegenwärtigen Erfahrungen würden die nationalchauvinistischen Kräfte erstarken und profitieren.

Renationalisierung als Lösung?

Von links wie rechts wird deshalb eine Renationalisierung empfohlen – von links, um die Handlungsfähigkeit in Sachen Wirtschaftspolitik zurückzuerlangen. Die noch bürgerliche Rechte pocht auf nationale Souveränität und will sich der (geringen) Umverteilung in den Osten und den Süden mittels EU-Haushalt und Rettungsschirm entziehen. Renationalisierung läuft allerdings Gefahr, von rechts und ganz rechts, d.h. von nationalchauvinistischen Kräften gekapert zu werden. Sie bedeutet latent die Abgrenzung von den anderen, was – selbst wenn es emanzipatorisch gemeint ist – leicht mit Diskriminierung und Ausgrenzung des Anderen sowie der eigenen Überhöhung aufgeladen werden kann. Letzteres sind die Sprachfiguren der nationalchauvinistischen Rechten. So ist zu befürchten, dass sie von einer Renationalisierung profitieren.

Schließlich gibt es die Entwicklungsvariante, die Schäuble »das große P« in die Augen treibt. Die Regeln der EU werden sukzessive, unkoordiniert und differenziert nicht mehr eingehalten. Das wäre die Fortsetzung und Verallgemeinerung einer Politik der Rosinenpickerei, die oben diskutiert wurde. Diese Variante ist in ihrem Gehalt offenbar widersprüchlich. Bisher wird die offene Regelverletzung vor allem von rechts betrieben, Ungarn und Polen. Die griechische Regierung ist gezwungen, die Troikadiktate camouffiert zu unterlaufen – jedenfalls wären es Stümper, wenn sie es nicht versuchten. Das Zerbröseln des neoliberalen Regimes hat auch eine emanzipatorische Dimension.

Für einen wirklich demokratischen Neustart reicht die Kraft nicht, die Verteidigung der EU birgt – ebenso wie ein Programm der Renationalisierung – die Gefahr des Wachstums nationalchauvinistischer Strömungen. Vorgeschlagen wird auch, das Euro-Regime zu beenden, den Euro aufzulösen oder – wo das gewollt wird – eine parallele Währung zuzulassen. Klar ist: Mit dem Austritt aus dem Euro oder seiner Abschaffung ist keines der oben diskutierten materialen oder prozeduralen Demokratiedefizite beseitigt. Die Maastricht-Kriterien, also die Kreditobergrenzen, gelten auch für die Mitgliedstaaten ohne Euro und alle Mitgliedstaaten haben den Fiskalpakt ratifiziert, der die Kreditbedingungen weiter verschärft hat. Ob die Geschichte anders gelaufen wäre, wenn Griechenland die Drachme behalten hätte, scheint fraglich. Die »Gegenleistung« für die Austeritätspoli-

tik war nicht der Verbleib im Euro, sondern Kredite zu halbwegs akzeptablen Zinsen für die griechische Regierung. Die Bedingungen für einen Schuldenerlass oder einen Staatsbankrott hängen ebenfalls nicht ersichtlich von der Währung ab. Und die Möglichkeit, eigenes Geld zu »drucken«, hilft doch nur bei einer halbwegs autarken Wirtschaft – genau das ist die griechische aber wohl nicht.

Die Linke zwischen Baum und Borke

Insgesamt sitzt die Linke zwischen Baum und Borke. Es bleibt wenig, um sich aus dieser Klemme zu befreien. Zunächst scheint es sinnvoll, sich die Idee der Mosaik-Linke ins Gedächtnis zu rufen. Wenn es keinen Königsweg gibt, ist es von Vorteil, unterschiedliche Wege auszuprobieren, diese gegenseitig zu akzeptieren, um zum Ziel zu gelangen. Die Strategien werden und können in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten auch unterschiedlich aussehen. Die deutsche Linke hat eine besondere Verantwortung, weil sie einen spezifischen Beitrag leisten kann, um das Vormachtstreben der deutschen Konservativen zurückzudrängen. Es gilt, die deutsche Dominanz von innen aufzuweichen, was vermutlich gar nicht auf dem Feld der Europapolitik geschehen kann.

Es sei an der Zeit, postuliert Peter Wahl, aus der binären Logik auszusteigen, wonach die Alternative zur Vertiefung der Integration nur die Rückkehr zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts wäre. Deshalb fordert er eine Flexibilisierung der EU nach innen und eine Öffnung nach außen, eine Pluralität von ökonomischen Modellen und Dezentralisierung.³ Die gesellschaftliche Linke kann die stattfindende Differenzierung oder das Zerbröseln zum Ausgangspunkt einer Strategie der sukzessiven Transformation machen, nämlich durch eine emanzipatorische Differenzierung. Die »Visegrád-Gruppe« – Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn – hat gewissermaßen die reaktionäre Variante der Differenzierung angekündigt und sich aus einer halbwegs humanen Flüchtlingspolitik verabschiedet. Der Gipfel des Europäischen Südens hat gegen die deutsche Austeritätspolitik Stellung bezogen – das sind Ansätze einer Differenzierung von links, die in eine Pluralität ökonomischer Modelle münden könnte, was mit der Tendenz zur Zentralisierung, die mit der Krise 2009ff. eine verschärfte Form angenommen hat, brechen würde. In diesem Kontext sind Konstellationen zu nutzen, um Vorschläge für eine andere Politik mit Regelverletzungen oder dem Überschreiten des Verfassungsrahmens der EU-Verträge zu verbinden. Dazu ein Beispiel: Wenn SPD, DGB und selbst Junker ein Investitionsprogramm auflegen wollen, lässt sich das mit dem Vorschlag verbinden, die EZB solle dafür finanziell einstehen. Das überschreitet die Verträge in mehrfacher Hinsicht, wäre aber eine Regelverletzung von links, die in eine Bündiskonstellatation eingebunden wäre.

Bloch formulierte: »Denken heißt Überschreiten« und dieses Überschreiten muss praktisch werden und als Perspektive aufzeigen, dass eine andere Welt und ein anderes Europa möglich ist.

³ P. Wahl (2015): Linke Sakralisierung von Euro und EU, in: Sozialismus H. 10, S. 34f.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

